

05.278

Bericht und Antrag der Kommission VWA

Standesinitiative zwecks Einführung einer Einheitssteuer („Flat Tax“); Gegenvorschlag

Aarau, 21. Oktober 2005

I.

Am 22. Februar 2005 hat die FDP-Fraktion dem Grossen Rat den Antrag auf Direktbeschluss betreffend Einreichung einer Standesinitiative zwecks Einführung einer Einheitssteuer („Flat Tax“) unterbreitet, mit dem Begehren, zuhanden der Eidgenössischen Räte sei eine Standesinitiative mit folgendem Inhalt einzureichen:

Die Bundesversammlung wird eingeladen, die Rechtsgrundlagen betreffend Einführung einer Einheitssteuer („Flat Tax“) zu schaffen.

Der Antrag wird damit begründet, die Flat Tax sei ein einleuchtend einfaches System. Die FDP befürwortet die Einführung eines radikal vereinfachten Steuersystems. Die Wirkung eines Flat Tax Systems in der Schweiz wird für die Wirtschaft wesentliche Impulse für Konsum, Investitionen, damit für Wachstum und neue Arbeitsplätze auslösen und letztlich so auch das Steuersubstrat erhöhen.

Bezüglich der weiteren Begründung wird auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 22. Februar 2005 (Geschäft 05.37) verwiesen.

II.

Der Grosse Rat hat den Antrag der FDP-Fraktion am 22. März 2005 mit 97 gegen 65 Stimmen für erheblich erklärt. Er hat das Geschäft der Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben (VWA) zugewiesen. Die Kommission Volkswirtschaft und Abgaben hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 26. September 2005 beraten und ihren abschliessenden Bericht mit Antrag am 21. Oktober 2005 genehmigt (Korrespondenzbeschluss).

An der Kommissionssitzung teilgenommen hat als Vertreter des Regierungsrats Finanzdirektor Roland Brogli. Seitens der Verwaltung waren Max Ledergerber, stellvertretender Leiter des Steueramts sowie Urs Peter Martin, Generalsekretär-Stv. DFR anwesend.

Die VWA hat sich mit 9 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen gegen den Antrag der FDP-Fraktion auf Direktbeschluss betreffend Einreichung einer Standesinitiative zwecks Einführung einer Einheitssteuer („Flat Tax“) ausgesprochen und gleichzeitig die

Ausarbeitung eines Gegenvorschlags beschlossen. Dieser wurde in der Schlussabstimmung mit 9 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen.

Initiativtext

Die Kommission Volkswirtschaft und Abgaben unterstützt die Einreichung einer Standesinitiative zwecks Einführung eines einfacheren Steuersystems und unterbreitet als Gegenvorschlag zum Antrag der FDP folgenden Initiativtext:

"Die Bundesversammlung wird ersucht, die Rechtsgrundlagen für die Einführung eines neuen Steuersystems zu schaffen, welches

- *gerechter, einfacher und transparenter*
- *nachhaltig wachstumsfördernder*
- *international wettbewerbsfähiger*

als das heutige Steuersystem ist. Dies könnte beispielsweise mit einer Flat Tax (Einheitssteuer) oder einer dualen Einkommenssteuer erreicht werden. Der Steuerwettbewerb unter Kantonen und Gemeinden ist beizubehalten."

Begründung

Die Kommission begründet ihren Gegenvorschlag zum Antrag der FDP wie folgt:

- Die VWA erachtet es mehrheitlich als notwendig, ein Steuersystem zu schaffen, welches gerechter, einfacher und transparenter, nachhaltig wachstumsfördernder und international wettbewerbsfähiger ist. Dabei soll der Steuerwettbewerb unter den Kantonen und Gemeinden aufrechterhalten bleiben.
- Die VWA sprach sich aber dagegen aus, die Umsetzung dieses Ziels mittels der Einführung einer Flat Tax direkt in den Initiativtext aufzunehmen. Denn je nach Ausgestaltung der Flat Tax bestehen Bedenken, dass vor allem mittlere Einkommen stärker belastet werden könnten.
- Der Gegenvorschlag zum Antrag der FDP beinhaltet nur noch die Stossrichtung und die Zielsetzung der angestrebten Änderung des Steuersystems. Mit welchen Massnahmen und Instrumenten diese erreicht werden sollen, wird hingegen offen gelassen.

III.

Gemäss § 76 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rats werden dem Regierungsrat Anträge auf Direktbeschluss zur Stellungnahme überwiesen.

Die Stellungnahme des Regierungsrats ist im Anhang beigefügt.

Der Regierungsrat unterstützt den Gegenvorschlag unter dem Vorbehalt, dass er die im Gegenvorschlag ebenfalls beispielhaft aufgeführte „Flat Tax“ nicht befürwortet.

Im Weiteren wird auf die Stellungnahme des Regierungsrats verwiesen.

A n t r a g

der Kommission Volkswirtschaft und Abgaben vom 21. Oktober 2005:

Die Standesinitiative wird im Sinne des Gegenvorschlags der Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben (VWA) gutgeheissen und an die Bundesversammlung weitergeleitet.

Anhang:

Stellungnahme des Regierungsrats vom 26. Oktober 2005